

Schweiz

Frühfranzösisch

Der Thurgau will kein Französisch mehr in der Primarschule

Der Entscheid des kantonalen Parlaments löst in der Romandie Empörung aus. Bereits ist eine Initiative geplant.

Raphaëla Birrer und Daniel Foppa

Es kommt nicht häufig vor, dass der beschauliche Thurgau im Fokus der nationalen Öffentlichkeit steht. Doch im Sprachenstreit ist der Ostschweizer Kanton zum eigentlichen Zentrum der Debatte geworden. Seit das kantonale Parlament vor drei Jahren einer Motion zugestimmt hatte, die den Französischunterricht in der Primarschule streichen wollte, ist ein schweizerweiter Konflikt entbrannt: Ab welcher Klasse sollen die Deutschschweizer Schüler Französisch lernen? Und sollen dafür nur didaktische oder auch staatspolitische Überlegungen massgebend sein? Sogar der Bundesrat sah sich letzten Sommer veranlasst, einzugreifen – und einen gesetzlichen Frühfranzösisch-Zwang in Aussicht zu stellen, falls sich die Kantone nicht zum Sprachenkompromiss von 2004 bekennen würden. Dieser sieht vor, dass die erste Fremdsprache ab dem 3. und die zweite ab dem 5. Schuljahr beginnen muss.

Vor diesem Hintergrund waren gestern erneut alle Blicke auf den Thurgau gerichtet. Dort befasste sich der Grosse Rat zum zweiten Mal mit der entscheidenden Frage. Doch die Drohkulisse aus Bundesbern zeigte in Frauenfeld keine Wirkung: In einer emotionalen Debatte setzten sich die Gegner des Frühfranzösisch mit 68 zu 53 Stimmen durch. Das Fach soll nach 24 Jahren per Gesetzesänderung auf die Oberstufe verschoben werden.

Das Volk hat das letzte Wort

In einer schwierigen Situation war SVP-Erziehungsdirektorin Monika Knill. Sie befuhrte das Frühfranzösisch, Vertreter ihrer Partei hingegen lösten mit der Motion vor drei Jahren die Debatte erst aus. Vergeblich wies Knill darauf hin, dass die kritisierten didaktischen Probleme damit lediglich auf die Oberstufe verschoben würden. Um den Französischunterricht auf der Primarstufe zu verbessern, hatte der Regierungsrat mehrere Massnahmen vorgeschlagen. So



Im Zentrum der Debatte: Eine Schülerin der Mittelstufe beim Französischlernen. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

sollten etwa lernschwache Schüler einfacher dispensiert werden können.

Theoretisch könnte der von SVP, CVP und Grünen getragene Entscheid in der zweiten Lesung Mitte Mai noch umgestossen werden. Angesichts der Vorgeschichte des Geschäfts ist das aber unwahrscheinlich. Die Befürworter haben bereits mit dem Behördenreferendum gedroht. Dafür sind im Parlament nur 30 von 130 Stimmen nötig. Deshalb dürfte das Volk das letzte Wort haben.

Ob der Bund nun tatsächlich einschreiten wird, bleibt unklar. Innenminister Alain Berset hatte zwar im letzten Dezember «Rückschritte in einzelnen Kantonen» als Grund für eine Bundesintervention bezeichnet, wollte sich gestern aber noch nicht dazu äussern. Klar ist jedoch, dass die neueste Entwicklung im Sprachenstreit auch den Gegnern im Kanton Zürich Aufwind geben wird. Dort wird bereits in drei Wochen über die Fremdspracheninitiative abgestimmt, die entweder Französisch

oder Englisch auf die Oberstufe verschoben will.

Entsprechend alarmiert reagierte gestern die Romandie. «Das ist ein sehr schlechtes Zeichen für den nationalen Zusammenhalt», sagt der Neuenburger SP-Ständerat Didier Berberat. Er habe gehofft, dass der Thurgau von sich aus anders entscheiden werde – so wie kein Westschweizer Kanton dem Englischen Vorrang vor dem Deutschen gebe. Nun sei der Bundesrat gefordert: «Er darf nicht tatenlos zusehen.» Das sieht der

Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard genauso. «Wenn das Thurgauer Parlament in zweiter Lesung nicht zur Vernunft kommt, muss der Bundesrat aktiv werden.» Sollte sich die Landesregierung gegen eine Intervention entscheiden, gibt es gemäss Westschweizer Parlamentariern in der Romandie bereits Pläne für eine Volksinitiative. Darüber werde parteiübergreifend seit geraumer Zeit diskutiert, sagt Reynard. «Das wäre die einzig richtige Antwort, wenn der Sprachenstreit weiter eskalieren würde», sagt auch SP-Nationalrat Carlo Sommaruga.

Das hält SVP-Nationalrätin Verena Herzog für unnötig. Entscheidend sei das sprachliche Niveau, das die Jugendlichen am Ende der obligatorischen Schulzeit beherrschen. «Ob mit Französisch ein oder zwei Jahre früher oder später begonnen wird, kann doch nicht entscheidend sein für den nationalen Zusammenhalt», sagt die ehemalige Thurgauer Grossrätin, die damals die entscheidende Motion miteingereicht hatte.

Silvia Steiner, Präsidentin der Erziehungsdirektorenkonferenz, bedauert den gestrigen Entscheid. Sie ist aber zuversichtlich, dass das Thurgauer Stimmvolk wie bereits 2006 für zwei Fremdsprachen in der Primarschule votieren würde. Sollte dies nicht der Fall sein, erwartet auch sie eine Intervention des Bundes. Die Zürcher Regierungsrätin (CVP) geht nicht davon aus, dass das Thurgauer Votum Auswirkungen auf die Abstimmung im Kanton Zürich haben wird. «Der Regierungsrat hat klar zum Ausdruck gebracht, dass er in jedem Fall am Frühfranzösisch festhalten will.» Werde die Initiative angenommen, werde das Englisch auf die Sekundarstufe verlegt. «Das aber hätte einschneidende Folgen; wir müssten festlegen, was in der Sekundarstufe zugunsten des Englisch gestrichen werden soll.» Steiner glaubt, dass die Zürcher Bevölkerung diese Problematik erkennt und die Initiative ablehnen wird.

Kommentar Seite 2

Auch die Bündner stimmen über die Fremdsprachen ab

Das Bundesgericht erklärt die Fremdspracheninitiative in Graubünden für gültig.

Janine Hosp

Zur selben Zeit, wie das Thurgauer Kantonsparlament gestern in Frauenfeld das Frühfranzösisch abschaffte, wurde vom Bundesgericht ebenfalls ein Entscheid zu den Fremdsprachen gefällt: Es befand, dass die Bündner Fremdspracheninitiative gültig ist und nicht offensichtlich übergeordnetem Recht widerspricht – es kommt auf die Umsetzung an. Der Entscheid fiel so knapp wie möglich, mit drei zu zwei Stimmen. Damit stützte es den Entscheid der Vorinstanz, dem Bündner Verwaltungsgericht.

In Graubünden, wo mit Romanisch, Italienisch und Deutsch drei National-sprachen gleichberechtigt nebeneinander gesprochen und geschrieben werden, ist die Situation besonders anspruchsvoll. Heute lernen die Schülerinnen und Schüler ab der dritten Klasse eine der drei Kantons-sprachen. Englisch ist ab der fünften Klasse Pflichtfach.

Die Promotoren der Bündner Initiative indessen verlangen, dass Primarschüler nur noch Deutsch oder Englisch als Fremdsprache lernen – Deutschsprachige Englisch, Romanisch- und Italienischsprachige Deutsch. Die Vertreter der Minderheiten wehrten sich jedoch

vehement dagegen: Sie wollen nicht erst die Sprache der Mehrheit lernen müssen, während diese dem Englisch den Vorzug gibt. So gelangten sie schliesslich an das Bundesgericht.

Ihre Vertreter reagierten gestern denn auch enttäuscht auf das Urteil aus Lausanne. Johannes Flury, Präsident des rätoromanischen Sprachverbandes Lia Rumantscha, sagte der Nachrichtenagentur SDA, sollte die Initiative angenommen werden, werde die Umsetzung schwierig. Die Lia Rumantscha werde jedenfalls genau hinschauen, dass keine zweisprachige Gemeinde diskriminiert würde. Giuseppe Falbo, Generalsekretär der Pro Grigioni Italiano, sagte, es stimme ihn traurig, dass der einzige dreisprachige Kanton der erste sein könnte, der auf den Unterricht einer seiner Kantons-sprachen in der Primarschule verzichte.

Kein «Frengezöslisch» lernen

Die Regierung des Kantons Graubünden hatte dem Parlament beantragt, die im Jahr 2013 eingereichte Initiative für ungültig zu erklären. Sie kritisierte, dass sie Sprachminderheiten benachteilige und damit gegen Bundesrecht verstosse. Nun, nach dem Entscheid des Bundesgerichts, befürchtet Erziehungsdirektor Martin Jäger (SP), dass der Sprachfriede im Kanton gestört werden könnte.

Spätestens nächstes Jahr wird das Kantonsparlament über eine neue Vor-

lage zum Fremdsprachenunterricht in der Primarschule beraten. Danach können auch Bündnerinnen und Bündner in absehbarer Zeit darüber abstimmen, ob in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird.

In einer ganzen Reihe von Kantonen, etwa in Schaffhausen, Appenzel Inner- und im Thurgau, konnte sich das Stimmvolk im Rahmen von Abstimmungen zum Lehrplan 21 bereits dazu äussern – und hat den Lehrplan stets bestätigt. In anderen Kantonen steht eine Abstimmung noch bevor, etwa in Basel-Stadt oder Luzern. Im Kanton Zürich entscheiden die Stimmberechtigten bereits am 21. Mai. Zürcher Lehrerverbände fordern, dass in der Primarschule nur noch eine Fremdsprache gelehrt wird – welche, lassen sie offen. Würden weiterhin zwei unterrichtet, so legen sie auf ihren Plakaten nahe, sprächen die Schüler am Ende «Frengezöslisch», also keine Sprache richtig.

Heute werden in allen Kantonen zwei Fremdsprachen an der Primarschule unterrichtet – dazu haben sie sich mit der interkantonalen Vereinbarung Harmonos verpflichtet. Nur Uri und Inner- und Oberrhodener scheren aus. In den meisten Kantonen lernen die Kinder erst eine Landessprache, etwa in der Romandie oder im Tessin. Insbesondere Kantone in der Innerschweiz und der Ostschweiz geben aber dem Englischen den Vorzug. Sitzung 1C, 267/2016 vom 3. 5. 2017

Fremdsprachen in der Primarschule

